

PETRA KAISER

## Bourdieus Gegenfeuer

Soziologische Gegenwartsdiagnose  
im Gewand einer politischen Kampfansage

Lange Zeit – so sagt Bourdieu über sich selbst – habe er als Wissenschaftler am Ideal weltanschaulicher Neutralität festgehalten. Erst im letzten Jahrzehnt seines Lebens hat er diese »gelehrte Enthaltensamkeit« aufgegeben. Was ihn dazu angetrieben hat, ist eine tiefe Sorge um die überall zu beobachtende »Aufkündigung des Gesellschaftsvertrags« und deren zerstörerische Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. In dem Band *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion* hat Bourdieu daher eine ganze Reihe bis dahin unveröffentlichter Texte publiziert – teils Interviews, teils Reden oder Aufsätze –, die als Waffe gegen die »neoliberale Heimsuchung« dienen sollen, die er für die Aufkündigung des Gesellschaftsvertrags in der Verantwortung sieht.

Petra Kaiser – Jg. 1953,  
z. Z. Studentin an der FU  
Berlin, Fachkombination  
Erziehungswissenschaft/  
Linguistik.

Die darin enthaltenen Argumente – so seine Befürchtung – sind sicherlich, mehr als methodisch aufgebaute Schriften, der Gefahr ausgesetzt, aufgrund der Verschiedenheit der Umstände, unter denen sie entstanden sind, kein einheitliches Ganzes zu bilden. In diesem Artikel sollen daher insbesondere die Aspekte einer soziologischen Gegenwartsanalyse, auf die sich Bourdieu mit seiner politischen Kampfansage stützt, in einen systematischen Zusammenhang gestellt werden: Welche Mechanismen sieht Bourdieu am Werk – wer sind die Beteiligten – was sind die Folgen – wie könnte ihnen entgegengewirkt werden? In den folgenden drei Abschnitten werden Antworten auf die ersten beiden Fragen zusammengestellt, die Bourdieu in seinen zahlreichen Beiträgen bereithält, die beiden abschließenden Abschnitte widmen sich der Beantwortung der letzten beiden Fragestellungen.

### *Die Kennzeichen der neoliberalen Bewegung*

Bourdieu macht die neoliberale Bewegung für die Aufkündigung des Gesellschaftsvertrags und die daraus resultierenden Folgen verantwortlich. Er charakterisiert den Neoliberalismus als konservative Revolution, die ebenso wie die konservativen Revolutionen früherer Zeiten – er erinnert dabei unter anderem an die 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts – Restaurationen mit dem »Schein des Revolutionären« zu umgeben weiß. Der Neoliberalismus als konservative Revolution unserer Tage zeigt sich allerdings in veränderter Gestalt. Es geht nun nicht mehr wie früher, um die Beschwörung einer verklärten Vergangenheit, die Feier von Blut und Boden oder die archaischen Themen alter Agrarmythologien. Diese konservative Re-

Neoliberalismus als  
konservative Revolution

volution neuen Typs nimmt den Fortschritt, die Vernunft, die Wissenschaft (in diesem Fall die Ökonomie) für sich in Anspruch, um eine Restauration zu legitimieren, die umgekehrt das fortschrittliche Denken und Handeln als rückschrittlich erscheinen lässt. Sie gibt sich diesen wissenschaftlichen Anstrich, indem sie sich auf eine ökonomische Theorie – eben den Neoliberalismus – beruft und verleiht sich damit die Fähigkeit, als Theorie wirksam zu werden und nicht als Ideologie.

Im Namen dieses zum politischen Aktionsprogramm gewandelten wissenschaftlichen Ansatzes vollzieht sich eine ungeheure politische Arbeit, die darauf zielt, die Betriebsbedingungen der »Theorie«, auf die sie sich gründet, herzustellen. Bourdieu bezeichnet es als ein Programm der planmäßigen Zerstörung der Kollektive, die der »Logik des reinen Marktes« Steine in den Weg legen könnten.

Das neoliberale Programm bezieht seine soziale Macht aus der politisch-ökonomischen Macht eben jener, deren Interessen es ausdrückt, der Aktionäre, Finanzleute und Industriellen, die sich geschickt der Mitwirkung verschiedenster Komplizen bedienen, um so schnell wie möglich den Sozialstaat zu begraben, da ihre Kapitalanlagen mit dessen sozialen Errungenschaften als nicht vereinbar angesehen werden.

Zu den wichtigsten Strategien der konservativen Revolution, die Bourdieu ausmacht, gehören die Erzeugung von Wettbewerb auf individueller bis hin zur internationalen Ebene sowie die Erzeugung von Prekarität<sup>1</sup>. Beide bedingen einander, auf eine künstliche Trennung soll daher hier verzichtet werden.

Durch die Erleichterung der Kapitalmobilität und durch die Produktionsverlagerung in Billiglohnländer, in denen die Arbeitskosten niedriger liegen, hat man laut Bourdieu die Ausweitung der Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern auf Weltmaßstab möglich gemacht. Dabei schwächt die Herrschaft weniger Nationen über die Gesamtheit der weltweiten Finanzmärkte die Unabhängigkeit nationaler Finanzplätze. Angriffe des Großkapitals auf einzelne Staaten tun ein Übriges. Die Verteilungsstruktur des Finanzkapitals bestimmt auf diese Weise – je nach Teilhabe – die Politik der einzelnen Staaten und deren Handlungsfähigkeit. Die Zwänge dieser Struktur, die häufig auch als Zwänge der Globalisierung dargestellt werden, geben solchen Mechanismen einen schicksalhaften Anstrich.

Der so erzeugte globale Wettbewerb erscheint einerseits als Ursache für die immer mehr um sich greifende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, indem er die Handlungsfähigkeit der Regierungen in Bezug auf den Arbeitsmarkt einschränkt – andererseits ist er aber auch deren Folge, denn er bewirkt »dass die Arbeitnehmer nicht mehr nur der Konkurrenz mit ihren Landsleuten oder gar, wie Demagogen glauben machen wollen, mit den auf dem eigenen Staatsgebiet niedergelassenen Ausländern ausgesetzt werden, die ja ganz offenkundig die ersten Opfer der Prekarisierung sind, sondern in Wirklichkeit mit den zur Annahme von Elendslöhnen gezwungenen Arbeitern vom andern Ende der Welt«.

Zugleich hegt Bourdieu jedoch den Verdacht, dass Prekarität gar nicht das Produkt der mit der Globalisierung gleichgesetzten ökonomischen Fatalität ist, sondern vielmehr das »Produkt eines politi-

Ziel und Hauptträger

Strategien der Macht-  
ausübung

1 Das französische *précarité* wurzelt in dem lateinischen Adjektiv *precarius*, das nicht nur *unsicher* bedeutet (die häufigste Übersetzung ins Deutsche), sondern auch *vorübergehend*, *notdürftig*, *auf Widerruf gewährt*, *durch Bitten erlangt*. Im Mittellateinischen trägt es die Bedeutung *in Lehnsabhängigkeit*. (Taschen Heinichen lateinisch deutsch, 10. Ausg., Leipzig 1980).

schen Willens«. Er sieht sie als Teil einer neuartigen Herrschaftsform an, die auf der Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit beruht und so das Konzept der »Flexploitation« – Ausbeutung durch »Flexibilisierung« – begünstigt, indem sie unter dem Deckmantel vermeintlich »naturegebener Mechanismen« Gehorsam und Unterwerfung bei den betroffenen Arbeitnehmern erzwingt. Prekarität als Ausbeutungsstrategie in den privaten und zunehmend sogar in den öffentlichen Unternehmungen erlegt Bourdieu zufolge der gesamten Arbeitswelt, insbesondere auch im Bereich der Kulturproduktion, eine erdrückende Zensur auf, die eine Mobilisierung und das Vorbringen von Forderungen untersagt. Durch die Arbeitslosigkeit wurde die allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen möglich gemacht oder sogar gefördert.

Die Folgen der zirkulär wirkenden Doppelstrategie »Wettbewerb erzeugt Prekarität erzeugt Wettbewerb« werden von Bourdieu in vielen seiner Beiträge namhaft gemacht. Sie wirken so weitreichend und tiefgreifend auf die Gesellschaft und die sie konstituierenden Akteure ein, dass ihre Folgen noch einmal an späterer Stelle behandelt werden (siehe den vierten Abschnitt). Zuvor sollen jedoch noch einige weitere Themenkreise besprochen werden, die in engem Zusammenhang mit den Machtstrategien des neoliberalen Denkens zu sehen sind.

Das neoliberale Denken beruft sich laut Bourdieu auf eine ökonomische Theorie, die den Darwinismus als Grundlage jener Fähigkeit der Nutzenabwägung ansieht, die auch den ökonomischen Akteuren immer zugeschrieben wird. Durch die Projektion des biologisch begründeten Darwinismus auf das Gesellschaftliche wird der politisch gewollten Ordnung der Deckmantel eines unwandelbaren Naturgesetzes verliehen, dem sich alles unterzuordnen hat. Diese Wiederbelebung des Sozialdarwinismus ist sicherlich auch als eine wesentliche Begründung Bourdieus zur Charakterisierung des Neoliberalismus als konservativer Revolution zu sehen, denn mit ihr wird der Versuch unternommen, ein Gedankengut zu restaurieren, das bereits vor mehr als hundert Jahren schon einmal sein reaktionäres Potential entwickeln konnte und in die bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege mündete.

Das Prinzip des *survival of the fittest*, das den entfesselten Wettbewerb begründet, wird gestützt durch die »Soziodizee der Kompetenz«: die Fähigsten lenken den Staat, die Fähigsten haben eine Arbeit. Diese Ideologie der Kompetenz sieht Bourdieu als »bestens geeignet, eine Gegenüberstellung zu rechtfertigen, die ein wenig der von Herren und Sklaven gleicht: auf der einen Seite Bürger im vollen Wortsinne, die gefragte Kenntnisse besitzen und überbezahlte Tätigkeiten verrichten, die sich ihren Arbeitgeber selbst aussuchen können (während die anderen bestenfalls von ihrem Arbeitgeber ausgesucht werden), die auf dem internationalen Arbeitsmarkt höchste Einkommen erzielen, die überbeschäftigt sind, Männer wie Frauen (...) und auf der anderen Seite jene Masse von Menschen, die dauernd von Entlassung bedroht sind oder der Arbeitslosigkeit überantwortet werden.«

Die vor allem in der angelsächsischen Sichtweise getroffene Unterscheidung zwischen »unmoralischen« und »verdienstvollen« Armen, die der Mildtätigkeit für würdig erachtet wurden, wird damit

Wiederbelebung des  
Sozialdarwinismus,  
Soziodizee der Kompetenz

aufgehoben: »Die Armen sind nicht nur unmoralisch, verdorben, Säufer, sie sind dumm und unfähig.«

Die Soziodizee der Kompetenz bildet somit eine Rechtfertigung der Sonderrechte, die die Nutznießer der neoliberalen Weltordnung für sich in Anspruch nehmen – wobei sie jedoch völlig außer Acht lassen, dass die Ausbildung, der sie ihr Ansehen und Gewicht verdanken, das Produkt von gesellschaftlichen Ungleichheiten ist. Sie befördert auch die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen der »weitsichtigen Perspektive einer aufgeklärten Elite« und den »kurzsichtigen Beweggründen des Volkes oder seiner Repräsentanten«. Die Konstruktion des Gegensatzes war laut Bourdieu schon immer und überall typisch für das reaktionäre Denken, das Vernunft, Modernität, Wandel und Veränderung der Seite der Herrschenden, der Minister, der Arbeitgeber oder der »Experten« zurechnet, Unvernunft, Rückständigkeit, Unbeweglichkeit und Konservatismus hingegen der des Volkes, der Gewerkschaften und der kritischen Intellektuellen. Letztere scheinen »auf eine dunkel verschwommene Art und Weise« nicht an der Soziodizee der Kompetenz teilzuhaben – eine Unlogik, der sich nach Bourdieus Auffassung viele Intellektuelle trotzdem oder vielleicht auch gerade deshalb unterwerfen.

Eine weitere ideologische Begründung der Weltsicht des Neoliberalismus sieht Bourdieu in der Wiederkehr des Individualismus – jener Art sich selbst verwirklichender Prophezeiung, die seiner Auffassung nach darauf abzielt, »die philosophischen Fundamente des *welfare state* und, vor allem, den Begriff von kollektiver Verantwortung (im Fall eines Arbeitsunfalles, bei Krankheit oder Not) zu zerstören, der eine grundlegende Errungenschaft gesellschaftlichen (und soziologischen) Denkens ist. Es ist auch die Rückkehr zum Individuum, die es ermöglicht, »das Opfer zu tadeln«, das für sein Unglück allein verantwortlich ist, und ihm die *selfhelp* zu predigen, und dies alles unter dem Deckmantel der endlos beschworenen Notwendigkeit, die Unternehmenskosten zu senken.«

Wiederkehr des  
Individualismus

Die Vorstellung vom einsamen aber freien Individuum trägt zum Wettbewerb eines Jeden gegen den Anderen bei: Individualisiert werden Beschäftigungsverhältnisse, deren Zielvorgaben, ihre Bewertungsverfahren, Lohnerhöhungen oder Leistungszuschläge sowie Beförderungen. Nach Bourdieu handelt es sich dabei um Strategien der »Delegation von Verantwortung«, die die Selbstausschöpfung der Angestellten gewährleisten sollen. Sie stehen zwar wie einfache Lohnempfänger in einem streng hierarchischen Abhängigkeitsverhältnis, werden aber gleichzeitig für ihre Verkaufszahlen, ihre Außenstelle, ihr Geschäft verantwortlich gemacht als seien sie Selbständige. Diese Art der Individualisierung stellt sich für Bourdieu daher ebenfalls als eine der Unterwerfungstechniken dar, die auf eine Schwächung oder Beseitigung des kollektiven Zusammenhalts und kollektiver Solidarität abzielt.

Es hat sich gezeigt, dass die oben erläuterten Schwerpunkte neoliberaler Weltsicht einen guten Teil dazu beitragen, die angestrebte »Zerstörung der Zivilisation« zu begründen. Wie sich diese Begründungen verbreiten und wie sie sich Akzeptanz verschaffen können, wird im folgenden Abschnitt beleuchtet.

Neoliberalismus als herrschender Diskurs

### *Der neoliberale Diskurs*

Diesen ökonomisch sich gebenden Diskurs bezeichnet Bourdieu als herrschenden Diskurs, den er darüber hinaus in Anlehnung an Goffman mit dem psychiatrischen Diskurs in der Anstalt als »starkem Diskurs« vergleicht, der »nur deshalb so mächtig und so schwer zu bekämpfen ist, weil er alle Kräfte in einer Welt der Kräftebeziehungen für sich hat, zu deren Schaffung als solcher er beiträgt, weil er die Entscheidungen derjenigen ausrichtet, die die wirtschaftlichen Beziehungen beherrschen, und ihnen derart seine eigentümliche, ganz symbolische Macht hinzufügt«.

Die symbolische Einprägung, die so gut wie alle gesellschaftlichen Akteure die scheinbare Unausweichlichkeit von Globalisierungseffekten wiederholen lässt, die die neoliberale Bewegung als Drohkulisse aufgebaut hat, sieht Bourdieu als von langer Hand vorbereitet an. Als Beleg führt er etwa eine Untersuchung über die Zeitschrift *Preuves* an, die von der CIA bezahlt und von bedeutenden französischen Intellektuellen unterstützt wurde, und während 20 oder 25 Jahren, anfangs gegen den Strom, unermüdlich jene Vorstellungen produziert hat, die nach und nach wie selbstverständlich geworden sind. Das gleiche ist Bourdieu zufolge in England geschehen. Danach stammt der Thatcherismus nicht von Frau Thatcher, sondern war seit langer Zeit von Intellektuellengruppen vorbereitet worden, denen die großen Zeitungen oft eine breite Öffentlichkeit verschafft hatten.

Die Teilhaber am neoliberalen Netzwerk führen Bourdieu zufolge kollektiv und in größter Einstimmigkeit einen fatalistischen Diskurs, der sich dadurch auszeichnet, wirtschaftliche Tendenzen in Schicksal zu verwandeln. Einstimmigkeit aber macht das wesentliche Element der symbolischen Stärke des herrschenden Diskurses aus.

Der neoliberale Diskurs ermöglicht die selbstverständliche Durchsetzung einer ganzen Ansammlung von Grundannahmen, die die neoliberale Weltsicht kennzeichnen: »Man lässt ein größtmögliches Wachstum von Produktivität und Wettbewerb als letztes und einziges Ziel menschlichen Handelns gelten; oder glaubt, dass man sich den Kräften der Ökonomie nicht entziehen könne. Oder man macht – eine Voraussetzung, die alle anderen der Ökonomie begründet – einen grundtiefen Schnitt zwischen dem Ökonomischen und dem Gesellschaftlichen, das beiseite geschoben, den Soziologen überlassen wird, wie eine Art Ausschussware.«

Religiöse Aspekte

Bisweilen – so Bourdieu – nimmt der neoliberale Diskurs auch religiöse Züge an. So werden Ökonomen als »Hohepriester« von den Medien präsentiert, und die fatalistische Botschaft gibt sich den Anstrich einer »Befreiungsbotschaft«, indem sie sich einer Reihe lexikalischer Spielereien mit Begriffen wie Freiheit, Befreiung, Deregulierung bedient.

Ein besonders schönes Beispiel liefert Bourdieu unter Bezugnahme auf Arthur Lovejoy mit dem Vergleich der »Großen Kette des Seins«, einer alten theologischen Metapher, bei der am einen Ende Gott steht, von wo man dann über eine Reihe von Gliedern bis zu den niedersten Realitäten hinabsteigt. Das neoliberale Denken präsentiert sich Bourdieu zufolge als eine solche Kette, was eine ihrer Stärken ausmacht: »Ganz oben steht an Gottes Stelle ein Mathemati-

ker, ganz unten ein Ideologe der ›christlichen Subjekt-Philosophie‹, der Dank einer Tünche aus technischem Vokabular den Anschein erwecken kann, er verstünde ein wenig von Ökonomie, obgleich er keine große Ahnung davon hat.«

Dabei handelt es sich nach Bourdieus Auffassung um eine Kette von Autoritäten sowie einen Kanal, in dem Geld und alle Arten von ökonomischen und gesellschaftlichen Vergünstigungen nebst ihrem symbolischen Kapital hin- und herfließen, nicht aber um eine Kette von Beweisen.

Die neoliberale Utopie stiftet auf diese Weise Bourdieu zufolge einen ungeheuren Glauben: »den *free trade faith*, nicht nur bei jenen, die davon tatsächlich leben, bei den Finanzleuten und Großunternehmen, sondern auch bei den höheren Beamten und Politikern, die im Namen der Wirtschaftlichkeit die Macht der Märkte heiligen«.

Damit ist sie geeignet, die mangelnden Utopien der Politiker, die Bourdieu an anderer Stelle beklagt, zu ersetzen.

So hilft z. B. der Glaube an die historische Unabwendbarkeit dabei, die neoliberale, in Wirklichkeit aber konservative Sichtweise durchzusetzen – ein Glaube, der vom Primat der Produktivkräfte ausgeht und keine anderen Formen der Regulierung kennt als die konkurrierenden Bestrebungen individueller Produzenten. Dieser Glaube stellt laut Bourdieu »jenes in früheren Zeiten als krämerisch abgeurteilte Wahnbild des Zählbaren« als »höchste Form menschlicher Erfüllung« dar.

In Bezug auf die religiösen Aspekte des Diskurses besteht allerdings kein Zweifel daran, dass Bourdieu selbst sich hieran in erheblichen Maße beteiligt, auch indem er z. B. den »Staatsadel« als »Herrscher von Gottes Gnaden« bezeichnet, dessen geistige Fähigkeiten wie eine »Himmelsgabe« betrachtet werden, obgleich ihre Ausbildung auf ungleicher sozialer Verteilung beruht. Hieran zeigt sich deutlich, dass der Gegendiskurs immer auch den eigentlichen Diskurs verstärkt.

Nie zuvor hat Bourdieu zufolge der unternehmerische Diskurs so oft von Vertrauen, Zusammenarbeit, Verlässlichkeit und Unternehmenskultur gesprochen wie in dieser Zeit, in der dieses »Einvernehmen« durch die Austilgung aller Sicherheiten für die betroffenen Arbeitnehmer erreicht wird. Diese euphemistische Rhetorik sieht Bourdieu als unverzichtbares Mittel an, um einerseits das Vertrauen der Investoren zu gewinnen, andererseits aber auch um zu vermeiden, dass sich bei den Arbeitnehmern Misstrauen und Verzweiflung breit machen – schließlich braucht man sie trotz allem, denn sie sollen ja den Verzicht erbringen, mit dem die neue Wachstumsphase, die ihnen vorgegaukelt wird, erzwungen werden soll.

Von den vielen Beispielen, die Bourdieu ins Feld führt, sollen hier nur einige exemplarisch herausgegriffen werden:

Lebendige Kräfte der Nation = Unternehmer

Verschlingung = Stellenabbau

Flexibilität = Nacharbeit, Wochenendarbeit, Überstunden

Wenn *wir* eine Anstrengung vollbringen = Wenn *ihr* eine Anstrengung vollbringt.

Euphemismen

Diese Schlüsselbegriffe werden Bourdieu zufolge weitergereicht »wie eine gängige Währung, stabil, vertrauens- und glaubwürdig«, denn ihre Bedeutung wird von den Medien nicht hinterfragt.

In der Tat zeigt dieser unbemerkt sich vollziehende semantische Wandel, wie erfolgreich der neoliberale Diskurs zum Gewinn des Kampfes um die Deutungshoheit beiträgt.

Während an diesem Diskurs zwar alle gesellschaftlichen Akteure mitweben, so gibt es doch eine Reihe sozialer Felder, in denen die Akteure über den Diskurs hinaus an der Durchsetzung des neoliberalen Plans mitwirken. Bourdieu bezeichnet sie als aktive und passive Komplizen, allerdings ist ihre Beteiligung gelegentlich nicht nur freiwillig. Welche Akteure Bourdieu als Komplizen ausmacht und welche Rolle sie in dem neoliberalen Plan einnehmen, soll nun näher erläutert werden.

### *Freiwillig-unfreiwillige Komplizenschaft*

Das neoliberale Programm bezieht seine soziale Macht nicht nur aus der politisch-ökonomischen Macht von Aktionären, Finanzleuten, Industriellen, sondern auch aus der Macht der Akteure im politischen Feld selbst, und zwar nicht nur der konservativen, sondern zum Teil auch der sozialdemokratischen Politiker. Hierbei fasst Bourdieu besonders die Vertreter der »Rechten Hand« des Staates, also der Wirtschafts- und Finanzministerien ins Auge, die »umso leidenschaftlicher eine Politik verfolgen, die ihre eigene Entlassung predigt, je weniger sie, wie die Unternehmensangestellten, Gefahr laufen können, deren mögliche Folgen zu bezahlen«. Zwar äußert Bourdieu Verständnis dafür, dass es immer weniger Spielraum zum Manövrieren für den Staat gibt, dennoch findet er es überraschend, in welchem Maß selbst sozialistisch sich nennende Regierungen durch die Privatisierung gesellschaftlicher Risiken am Abbau der öffentlichen Maßnahmen und der Aufhebung der Errungenschaften des Sozialstaats mitgewirkt haben, insbesondere auch durch Prägung des öffentlichen Diskurses mittels Lobreden auf die Privatunternehmen und Ermutigung zur Durchsetzung von Privatinteressen. In diesem Kontext beklagt Bourdieu auch, dass die Politiker das ihnen von den Medien eingeräumte symbolische Kapital nicht in adäquater Weise nutzen, um ihren verloren gegangenen Einfluss als Vertreter des Volkes zurückzugewinnen, sondern häufig sogar missbrauchen, indem sie eher durch Korruption, Missbrauch von Gütern, Inanspruchnahme von Vorteilen und öffentlichen Dienstleistungen sowie anderen Skandale auf sich aufmerksam machen.

Des weiteren beklagt er den Mangel an mobilisierenden Idealen. Als Grund sieht er die Professionalisierung der Politik und die Bedingungen, denen sich die zu unterwerfen haben, die Parteikarriere machen möchten. Beides schließt seiner Auffassung nach Persönlichkeiten, die sich berufen fühlen, mehr und mehr aus der Politik aus.

Zudem macht Bourdieu einen Wandel in der Definition politischen Handelns dahingehend aus, dass sich Politiker den Anschein ökonomischer Vernunft zu geben haben, die sie mangels entsprechender Ausbildung jedoch nur an der sprachlichen Oberfläche zur Schau stellen können. »Als Gefangene eines engstirnigen und kurz-

Die »Rechte Hand«  
des Staates

sichtigen Ökonomismus (...) versäumen es diese auf dem Fachgebiet der Ökonomie nur halbgelehrten Politiker natürlich, die kurzfristigen und vor allem langfristigen Realkosten der materiellen und moralischen Misere einzubeziehen, die als einzig sichere Folge der ökonomisch legitimierten Realpolitik zu sehen ist: Delinquenz, Kriminalität, Alkoholismus, Verkehrsunfälle usw.«

Hieran zeigt sich auch die ambivalente Rolle, die von den Politikern eingenommen wird bzw. eingenommen werden muss. Ihr Versäumnis trägt unter anderem dazu bei, dass sich der Neoliberalismus als eine Utopie etablieren kann, die sich selbst wahr macht, denn irgendwann werden diese Kosten tatsächlich so weit aufgelaufen sein, dass sie vom Staat – also von seinen Steuerzahlern – nicht mehr getragen werden können, was wiederum die neoliberale Argumentation von der Notwendigkeit des Abbaus sozialer »Privilegien« bestätigt. Die neoliberale Utopie wird auf diese Weise zu einer Art »fleischgewordener Höllenmaschine, deren Befehlen selbst die Herrschenden zu gehorchen haben«.

Die Mitglieder der »Linken Hand« des Staates, also die Bediensteten der sogenannten kostenverursachenden Ministerien und staatlichen Sozialeinrichtungen, sieht Bourdieu – weit mehr noch als die der »Rechten Hand« – dazu verurteilt, eine ambivalente Rolle einzunehmen. So gehören sie zwar einerseits zu den negativ Betroffenen, andererseits bewahren sie trotz des wachsenden Umfangs der randständigen Bevölkerung einen ganzen Bereich der gegenwärtigen sozialen Ordnung davor, in Anomie zu fallen. So befinden sie sich in der paradoxen Situation, auf diese Weise dabei mitwirken zu müssen, die Sicht auf die langfristig verheerenden Folgen neoliberaler Politik zu verstellen.

In Bezug auf das Feld der Wissenschaft macht Bourdieu einen Kampf aus, der zum Ziel hat, den »neuen« Intellektuellen zu schaffen und durchzusetzen. Ebenso wie bei den Politikern weist er auch hier auf eine Neudefinition des Intellektuellen und seines politischen Handelns hin, der sein Betätigungsfeld nunmehr »in unbestimmten Debatten über eine politische Philosophie ohne fachlichen Charakter, über eine auf die Politologie der Wahlabende reduzierte Gesellschaftswissenschaft und in unkritischen Kommentaren zu unwissenschaftlichen kommerziellen Meinungsumfragen« findet. Im Anschluss an Platon bezeichnet Bourdieu den »neuen« Intellektuellen als Doxosoph – als »Meinungstechnologe, der sich für wissenschaftlich hält« –, der ohne sie zu hinterfragen, dieselben Termini zur Darstellung politischer Probleme verwendet, wie dies von Geschäftsleuten, Politikern und Journalisten getan wird. Der »neue« Intellektuelle trägt somit zur Schaffung eines Klimas bei, das den Rückzug des Staates und die Unterordnung unter die Werte der Ökonomie begünstigt, indem er »ein wenig voreilig, die Öffentlichkeit und das Interesse der Öffentlichkeit für die Öffentlichkeit zu Grabe trägt«.

Auch für jene, die sich vom kämpferischen zum frei schwebenden Intellektuellen gewandelt haben, gilt jedoch, dass sie eine ambivalente Rolle einnehmen, da sie selbst zwar zu den Beherrschten gehören, als Besitzer kulturellen Kapitals aber auch zu den Herrschenden. Wollen sie jedoch an der Ideologie der Kompetenz teilha-

Die »Linke Hand«  
des Staates

Der »neue«  
Intellektuelle



## Die Ökonomen

ben, die Bestandteil der neoliberalen Weltsicht ist, sind sie zur Unterwerfung unter den herrschenden Diskurs gezwungen.

Die Ökonomen, selbst Akteure im Feld der Wissenschaft, leisten Bourdieu zufolge einen entscheidenden Beitrag zur Produktion und Reproduktion neoliberalen Denkens. »Tief überzeugt von Modellen, die nie auch nur in Verlegenheit kamen, sich einer experimentellen Prüfung unterziehen zu müssen, mit ihrer eingefleischten Überheblichkeit angesichts der Erkenntnisse anderer historischer Wissenschaften, denen die Reinheit und kristalline Transparenz der eigenen mathematischen Spiele zu fehlen scheint und deren echten Nutzen und tiefe Komplexität sie meist unfähig sind zu verstehen, wirken sie an einem ungeheuren ökonomischen und sozialen Wandel mit.« Insbesondere aufgrund ihrer meist rein abstrakten, theoretischen und weltfernen Ausbildung bringen sie laut Bourdieu eine besondere Neigung hervor, »die Dinge der Logik mit der Logik der Dinge zu verwechseln«.

Dennoch weisen auch sie eine ambivalente Haltung auf: Der soziale Wandel, den ihre Theorien bewirken, scheint ihnen Recht zu geben, und sie finden sich daher bestätigt, selbst, wenn sie die ökonomischen Interessen, die sie mit ihrer Wissenschaft begünstigen, nicht notwendigerweise teilen und die sozialen Folgen möglicherweise beunruhigend finden.

## Die Medien

Bourdieu zeigt auf, wie das journalistische Feld eine höchst spezifische Sichtweise des politischen Feldes produziert und durchsetzt, die sich aus der Struktur des journalistischen Feldes und den daraus hervorgehenden spezifischen Interessen der Journalisten verstehen lässt. Dieses Feld sieht er beherrscht von der panischen Furcht zu langweilen, so dass Politik zwangsläufig als ziemlich undankbares Thema erscheinen und daher um jeden Preis interessanter gemacht werden muss. Leitartikler und Interviewer werden deshalb durch den »Unterhaltungsanimateur« ersetzt, der eine Politik der demagogischen Vereinfachung verfolgt, indem er drängende gesellschaftliche Probleme auf reine Unterhaltung reduziert, um zu verhindern, dass die Quoten sinken. Unterstützt werden die Journalisten hierbei durch politische Ratgeber und Berater. Ihre Aufgabe ist es, den Politikern beim bewusst organisierten politischen Marketing zur Seite zu stehen, das immer notwendiger wird, um politisch erfolgreich zu sein. Auf diese Weise kommt es zu einer Wechselwirkung zwischen Journalismus und Politik, der beiden Parteien nicht eben zuträglich ist, denn die Politiker und vor allem die Verantwortlichen in der Regierung werden durch die Vorgehensweise der Journalisten wiederum darin bestärkt, sich auf kurzfristige Unternehmungen mit dem entsprechenden »Ankündigungseffekt« zu konzentrieren – auf Kosten von Vorhaben ohne direkt sichtbare Effekte.

Bourdieu hebt insbesondere die symbolischen Profite hervor, den die Medien dem »Staatsadel« einräumen. In diesem Kontext nimmt er ganz besonders das Fernsehen ins Visier, das seiner Meinung nach genauso wie die Schmiergelder zum Verfall der staatsbürgerlichen Tugenden beiträgt, »indem es geltungssüchtige Charaktere auf die politische und intellektuelle Bühne hebt, deren egoistisches Hauptanliegen darin besteht, gesehen und zur Geltung gebracht zu werden, oftmals auch auf Kosten von Rivalen«.

Ein weiterer Vorwurf, den Bourdieu ins Feld führt, ist die »enthistorisierte und enthistorisierende, atomisierte und atomisierende Sichtweise«, die insbesondere die Fernsehnachrichten vermitteln; »eine Abfolge scheinbar absurder Geschichten, die sich letztendlich alle irgendwie ähneln, ein ununterbrochener Aufmarsch bedauernswerter Völker, eine Folge von Ereignissen, die ohne jede Erklärung auftreten und deshalb auch ohne jede Lösung wieder im Dunkel verschwinden werden.«

Diese zusammenhanglosen Tragödien, die – ohne historische Einordnung – eine auf die andere folgen, unterscheiden sich daher kaum mehr von Naturkatastrophen, die ja in den »Nachrichten« genauso präsent sind. Diese Tragödien sind »traditionelle, um nicht zu sagen: rituelle, journalistische Themen, sie sind spektakulär, und vor allem können sie ohne große Kosten behandelt werden«, und die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Opfer Solidarität oder wirklichen politischen Widerstand auslösen, hält Bourdieu für »genauso gering wie bei einer Zugentgleisung oder einem sonstigen Unfall«. Vielmehr erzeugen sie den Eindruck, dass politische Entscheidungen und ihre sozialen Folgen ebenso unausweichliche Schicksalsschläge darstellen wie Naturkatastrophen, was der neoliberalen Argumentation in die Hände spielt. Die Medien entfalten auf diese Weise ihre Wirkung als wesentlicher Entpolitisierungsfaktor.

Bourdieu weist auch hier wiederum auf den ambivalenten Charakter der Akteure hin, die er in zwei Gruppen unterteilt: diejenigen, die an den Schalthebeln der Macht sitzen, und diejenigen, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befinden. Erstere zeichnen sich durch ein »doppeltes Bewusstsein« aus, das einerseits aus der praktischen Perspektive besteht, maximal von den Möglichkeiten zu profitieren, die ihnen das Instrument Medien zur Verfügung stellt, andererseits aus einer theoretischen Perspektive, »die voller moralischer Maßstäbe und Nachsicht sich selbst gegenüber ist und sie in der Öffentlichkeit die Wahrheit über das, was sie tun, verleugnen und vertuschen lässt – sogar vor sich selbst«. Was die »Reportage-Tagelöhner« angeht, so gesteht ihnen Bourdieu zwar einen klareren Blick zu, allerdings entwickeln sie zunehmend einen prekarierten Habitus, der sie – getreu dem Habituskonzept – immer häufiger genau das reproduzieren lässt, was sie selbst tagtäglich erfahren, nämlich Unsicherheit.

All die genannten Vertreter gesellschaftlicher Felder, die sich – teils freiwillig, teils unfreiwillig – als Komplizen zur Durchsetzung neoliberaler Interessen beteiligen, wirken natürlich auch in der einen oder anderen Weise an der Entwicklung eines geeinten Europas mit. So nimmt es nicht Wunder, dass es »in der jetzigen Form seinen Teil zur Zerstörung der sozialen Errungenschaften beiträgt, wenn es ausschließlich ökonomischen Maßstäben folgt und soziale Anliegen keinen Platz in ihm finden«. Weil ein übernationales Arbeitsrecht fehlt, entsteht ein zerstörerischer Wettbewerb zwischen Ländern, deren soziale Sicherungen bislang noch sehr ungleich entwickelt sind, eine »negative Anpassungsspirale der sozialen Rechte, ein *social dumping*, das der Wiederkehr des *Sozialchauvinismus* Tür und Tor öffnet«.

Der Mangel einer Utopie, den Bourdieu den Politikern der einzelnen Nationalstaaten entgegenhält, spiegelt sich in der EU wider: Eu-

Zur Rolle der  
Europäischen Union

ropa hat kein positives Projekt, nur das der »shareholders«, denen Bildung und Kultur nur noch als Produktionsfaktor, als »Aufwertung des Humankapitals« in den Sinn kommen. Die Sichtweise neoliberalen Denkens setzt lediglich voraus, dass der durch die Schaffung des Euro symbolisierte Währungszusammenschluss die sowohl notwendige als auch hinreichende Bedingung für den politischen Zusammenschluss Europas ist, was auch bedeutet, dass jeder Widerstand gegen diese Politik als »antieuropäisch« verstanden und denunziert wird. Allein eine gemeinsame Währung und die Öffnung der Märkte leisten jedoch Bourdieu zufolge dem Kräftespiel des ungezügelter Kapitalismus faktisch Vorschub und machen aus Europa ein »bürokratisches Kunstprodukt ohne echte Europäer«, das jeder politischen Unabhängigkeit gegenüber den internationalen Wirtschaftskräften entbehren muss.

In der EU finden die Aktivitäten der Komplizen ihre Verlängerung, allerdings tragen sie auch ihre ambivalente Haltung mit in das Projekt eines geeinten Europa hinein, die sie – wenn auch vielleicht in unterschiedlichem Maße – ebenfalls als Betroffene der Auswirkungen des neoliberalen Programms erscheinen lässt, die nun einer näheren Betrachtung unterzogen werden sollen.

#### *Die Auswirkungen des neoliberalen Programms*

Der Rückzug des Staates  
und seine Folgen

In der neoliberalen Finanz- und Wirtschaftspolitik, die auf den Rückzug des Staates hinarbeitet, sieht Bourdieu eine verheerende Gefahr für die republikanische Rechtsgleichheit in Bezug auf Bildung, Gesundheit, Kultur und vor allem Arbeit, die er mit der Existenz des öffentlichen Dienstes verknüpft und dessen Zerstörung das Zerbrechen der Grundlagen gesellschaftlicher Integration zur direkten Konsequenz hat. Selbstmord, Straffälligkeit, Drogenmissbrauch, Alkoholumismus sind nur einige der Folgen. Die Gewalt geht dabei nicht verloren, sondern schlägt langfristig zurück – »sie trifft allerdings die Falschen, denn die Opfer werden doppelt geschlagen, einmal von der strukturalen Gewalt der Finanzmärkte, zum zweiten Mal von sich selbst durch all die kleinen oder großen Gewalttätigkeiten des Alltags, die sie sich gegenseitig antun« und von denen die Nutznießer des neoliberalen Programms, zumindest zunächst, nicht betroffen zu sein scheinen.

Der Rückzug des Staates aus vielen Gebieten der Daseinsvorsorge zieht Bourdieu zufolge unzählige Leiden nach sich, und dies auch bei Personen, die (noch) nicht von der grassierenden Arbeitslosigkeit betroffen sind. Als eines der vielen Beispiele nennt er die französische Wohnungspolitik, die seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine ungeahnte soziale Segregation in Gang gesetzt hat und mit der eine Konzentration der Mittel physischer Gewaltamkeit einhergeht, und zwar auf beiden Seiten. Während das in den Vorstädten sich selbst überlassene Subproletariat zunehmend aufbegehrt, zieht sich der Staat zurück und präsentiert sich als »Strafstaat, der nur zuschlägt und sich nach und nach aller gesellschaftlichen Aufgaben entledigt«. Die immer wieder aufflackernden Aufstände in den *banlieus* verdeutlichen drastisch, wie sich die Gewaltspirale immer schneller dreht.

Zu den Leidtragenden zählt Bourdieu auch die Vertreter der »Linken Hand« des Staates, die sich mit den oft äußerst kostspieligen ge-

sellschaftlichen Folgen von Haushaltseinsparungen konfrontiert sehen und dabei den Eindruck gewinnen müssen, »das die rechte Hand nicht mehr weiß, oder schlimmer, nicht wirklich wissen will, was die linke Hand tut. Auf jeden Fall will sie den Preis dafür nicht bezahlen«.

So türmen sich die auf der einen Seite eingesparten Kosten auf der anderen Seite haushoch auf, so dass sie eines Tages möglicherweise tatsächlich nicht mehr finanziert werden können, abgesehen davon, dass die Bürger zunehmend ihr Vertrauen in die Politik verlieren. Entpolitisierung und Radikalisierung sind die Folge. Durch seinen Rückzug arbeitet der Staat an seinem eigenen Untergang mit und ermöglicht auf diese Weise der neoliberalen Utopie »sich wahr zu machen, tatsächlich nachweisbar«.

Nach Bourdieus Einschätzung ist Prekarität heutzutage allgegenwärtig: Im privaten, aber auch im öffentlichen Sektor, wo sich die Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitstellen vervielfacht hat; in den Industrieunternehmen, aber auch in den Einrichtungen der Produktion und Verbreitung von Kultur, dem Bildungswesen, dem Journalismus, den Medien usw.

Die Wirkungen sind fast überall identisch und tiefgreifend, insbesondere bei den Arbeitslosen, deren »zeitlich entstrukturiertes Dasein« praktisch mit dem »Verfall jeglichen Verhältnisses zu Welt, Raum und Zeit« einhergeht. Wenn die Zukunft überhaupt im Ungewissen bleibt, so ist den Betroffenen gleichzeitig ihre rationale Vorgehensweise verwehrt. Die prekäre Situation der Arbeitslosen raubt ihnen insbesondere »jenes Mindestmaß an Hoffnung und Glauben an die Zukunft, das für eine vor allem kollektive Auflehnung gegen eine noch so unerträgliche Gegenwart notwendig ist«.

Die Existenz dieser beträchtlichen Reservearmee von Arbeitslosen – einer Armee, »die keine ist, weil Arbeitslosigkeit isoliert, atomisiert, individualisiert, demobilisiert und entsolidarisiert«, übt einen erheblichen Druck auf die von der Prekarität dem Anschein nach Verschonten aus. Sie flößt jedem Arbeitnehmer das Gefühl ein, dass er keineswegs unersetzbar ist und seine Arbeit, seine Stelle gewissermaßen ein Privileg darstellt, das zudem äußerst zerbrechlich und bedroht ist, weil es jederzeit entzogen werden kann.<sup>2</sup> Das so erzeugte Gefühl der Furcht lässt sich laut Bourdieu aufgrund der Überproduktion an Diplomen längst nicht mehr nur auf den untersten Qualitätsebenen feststellen – und die Arbeitgeber machen seiner Auffassung nach auch reichlich Gebrauch davon. Unterstützt werden sie dabei durch die Medien, die die allgemeine Verunsicherung tagtäglich reproduzieren. So beruht die Grundlage der neoliberalen wirtschaftlichen Ordnung tatsächlich auf der strukturalen Gewalt der Arbeitslosigkeit. Die auf diese Weise erzeugten »Dispositionen der Unterwerfung« bilden Bourdieu zufolge die Voraussetzung für eine immer »erfolgreichere« Ausbeutung, die auf einer Spaltung zwischen der immer größer werdenden Gruppe derer, die nicht arbeiten, und der immer kleiner werdenden Gruppe derer, die immer mehr arbeiten, beruht.

Die allgegenwärtige Prekarität macht laut Bourdieu auch vor der Welt der Kulturerzeugnisse nicht halt, deren Unabhängigkeit dem Markt geopfert wird und ihr eine erdrückende Zensur auferlegt –

Folgen der Prekarität

2 Hier entfaltet sich die volle Bedeutung der lateinischen Wurzel des Wortes *Prekarität*.

und natürlich schränkt sie die Handlungsfähigkeit des Staates weiter ein, dem die Unternehmer die Kosten für die von ihnen verursachte Arbeitslosigkeit aufbürden.

Die Soziodizee der  
Kompetenz und ihre Folgen

Wie bereits im ersten Abschnitt ausgeführt, ist Prekarität sowohl Ergebnis als auch Ursache eines zunehmenden Wettbewerbs, nicht nur auf globaler, sondern auch auf individueller Ebene. Die darwinistische Weltsicht und die mit ihr verknüpfte Soziodizee der Kompetenz begünstigen bei allen Betroffenen den Eindruck, in einem Konkurrenzkampf aller gegen alle zu stehen, der sämtliche Werte der Solidarität und Menschlichkeit zunichte macht.

Zu den gesellschaftlichen Leiden gehört vor allem auch das Elend fehlender Schulbildung, die nicht nur die gesellschaftliche Zukunft beeinflusst, sondern auch das Bild, das die Menschen von dieser Zukunft haben. Für die solchermaßen Betroffenen scheint eine schulisch garantierte Befähigung als Teilungsmaßstab zwischen den Beschäftigungslosen und den Stelleninhabern zu fungieren.

Diese auf sozialen Ungleichheiten beruhende »Befähigung« steckt auch in den Industrieunternehmen die Grenzen zwischen Angestellten und Technikern, einfachen Arbeitern und Angelernten als »neue Parias der industriellen Ordnung« ab. Die Ausbreitung von Elektronik und Informatik zwingt die Mitarbeiter zur steten Weiterbildung, wollen sie in dem individuellen Konkurrenzkampf bestehen. Das allgegenwärtige Gefühl der Unsicherheit wird von den Arbeitgebern durch ein »geschickt entlang der Betriebshierarchie befördertes Gefühl der Unwürdigkeit« verstärkt: Insbesondere die Arbeiter sieht Bourdieu immer mehr einer Entwertung und politischen Ernüchterung ausgesetzt, die er als einen der Gründe für die zunehmende Radikalisierung und Ausländerfeindlichkeit ausmacht. »Verdammt dazu, sich im Verhältnis zum großen Schuladel zu denken, der mit den Führungsaufgaben betraut ist, und zum Kleinadel der Angestellten und Techniker, einem Adel auf Abruf, der sich immer wieder beweisen muss, können die Arbeiter, in ihrer andauernden Schwebelage, bedroht vom Abstieg in die Unwürdigkeit der Stellensuchenden, nur ein enttäushtes Bild von sich und ihresgleichen gewinnen.«

Die Soziodizee der Kompetenz erweist sich solchermaßen nicht nur als Unterdrückungsinstrument, sondern trägt auch zur Gefährdung des sozialen Gefüges bei, sowohl in den Betrieben als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Der Diskurs  
und seine Folgen

Ebenso wie die Prekarität eine kollektive Mentalität erzeugt – »die objektive Unsicherheit bewirkt eine allgemeine subjektive Unsicherheit« – so produziert und reproduziert der Diskurs dieses kollektive Unsicherheitsgefühl – auch bei denen, die noch gar nicht betroffen sind. Bourdieu sieht es als eine der Hauptursachen für Demoralisierung und Demobilisierung an.

Die symbolische Einprägung durch den neoliberalen Diskurs, der so gut wie alle gesellschaftlichen Akteure die scheinbare Unausweichlichkeit von Globalisierungseffekten wiederholen lässt, trägt mit Unterstützung der Medien zu einem Entpolitisierungseffekt bei, der seine Wirkung insbesondere bei denjenigen Bevölkerungsteilen entfaltet, die bereits am meisten entpolitisiert sind, also mehr bei Frauen als bei Männern, mehr bei Personen mit niedriger Schulbil-

derung als bei denen mit hoher, mehr bei den Armen als bei den Reichen. Insbesondere das Fernsehen lenkt dabei auch die Zeitungen immer mehr auf Abwege in die Demagogie und die Unterwerfung unter kommerzielle Zwänge, so dass sich die fatalistischen Denkstrukturen zunehmend auch bei den Absolventen einer höheren Schulbildung festsetzen können. Auf diese Weise zieht der Diskurs auch kritische Akteure in seinen Sog und gefährdet damit letztendlich auch die demokratischen Strukturen des Staates, denn: »Eine wahrhaftige Demokratie ist ohne wirklich kritische Gegenmacht nicht möglich.«

Letztendlich schlagen all die genannten Folgen des neoliberalen Programms auch auf den Staat zurück, selbst sein eigener Rückzug. Seine Haushaltseinsparungen ziehen kostspielige gesellschaftliche Folgen nach sich, die wiederum neue Haushaltseinsparungen erforderlich machen. Er sieht sich wegen der Arbeitslosigkeit und immer mehr prekären Arbeitsverhältnissen mit Mindereinnahmen durch Steuerausfälle einerseits und Mehrausgaben im sozialen Bereich andererseits konfrontiert. Prekarität, Soziodizée der Kompetenz und der Diskurs stiften zusätzlich sozialen Unfrieden und bringen letztendlich die Demokratie selbst in Gefahr. Alle diese Auswirkungen schränken die Handlungsfähigkeit des Staates immer mehr ein und tragen zu seinem weiteren Rückzug bei, der wiederum höhere Kosten verursacht – ein Kreislauf ist in Gang gesetzt, der neoliberale Plan, sich selbst zu verwirklichen, scheint aufgegangen. Oder doch nicht? Der folgende Abschnitt soll Auskunft darüber geben, welche Gegenmaßnahmen Bourdieu für möglich hält.

### *Gegenmaßnahmen*

Bourdieu schlägt eine ganze Reihe politischer Maßnahmen vor, die im Wesentlichen darauf abzielen, dem Staat wieder mehr Handlungsspielraum zu verschaffen, die Rechte von Arbeitnehmern zu stärken und die sozialen Errungenschaften der Länder zu globalisieren, die hierin an der Spitze liegen (und nicht umgekehrt). Für die beiden letztgenannten Aufgaben sieht Bourdieu insbesondere die EU in der Pflicht, die seiner Auffassung nach allein in der Lage ist, als »supranationaler Staat (...) als Zwischenschritt zu einem Weltstaat«, der Zerstörung des Allgemeinwohls entgegenzuwirken.

Auf den umfangreichen Maßnahmenkatalog soll hier nicht im Einzelnen eingegangen werden, denn er betrifft lediglich die Akteure im politischen Feld. Was Bourdieu jedoch im Sinn hat, ist die Schaffung der »Voraussetzung für den *kollektiven*<sup>3</sup> Entwurf einer sozialen Utopie«, die der neoliberalen Utopie entgegengesetzt werden kann.

Was also können die Akteure anderer sozialer Felder beitragen, um den zerstörerischen Folgen der neoliberalen Politik entgegenzuwirken? Aus der Fülle der Vorschläge, die Bourdieu anbietet, können hier nur einige exemplarisch näher ausgeführt werden.

Ein reiches Betätigungsfeld sieht Bourdieu für Intellektuelle, Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler, die einer möglichen Gegenbewegung die notwendige Autorität verleihen könnten, um dem demoralisierenden Autoritätseffekt, den sich die konservativen Revolutionäre durch die Berufung auf ihr Expertentum verliehen ha-

3 Hervorhebung P. K.

ben, entgegenzuarbeiten. Hierbei gilt es auch, der symbolischen Dimension mehr Beachtung zu schenken, mit der die Vertreter der neoliberalen Bewegung geschickt unter Hinzuziehung von Kommunikations- und Medienberatern operieren, wohingegen die sozialen Bewegungen einen diesbezüglichen Rückstand aufweisen, weil sie die Bedeutsamkeit dieser Dimension unterschätzen. Um diesen Rückstand wettzumachen, müssten neue Kommunikationsformen und neue Arbeitsteilungen zwischen Forschern und politisch Aktiven erfunden werden sowie neue symbolische Aktionsformen des Protestes und des politischen Engagements. Durch grenzüberschreitende Bündelung und Zirkulierung von einschlägigen Informationen müsste gewährleistet werden, dass die Gegenbewegung ebenso an der Globalisierung teilhaben kann wie das neoliberale Programm.

Einen der Gründe für die Macht der neoliberalen Bewegung erkennt Bourdieu darin, dass sich alle scheinbar völlig einig sind, was von den übrigen Akteuren als Zeichen von Wahrheit wahrgenommen wird. Dieser Macht gilt es, sich entgegenzustemmen durch die Zerstörung des diskursiven Netzwerkes, indem Produktion und Zirkulation des Diskurses aufgedeckt und die Ergebnisse solcher Untersuchungen jedem zugänglich gemacht werden. Auf diese Weise könnten insbesondere die Soziologen aufzeigen, »dass dem Zirkulieren von Gedanken unterschwellig eine Zirkulation von Macht zugrunde liegt, um auf diese Weise den Austausch ideologischer Dienstleistungen gegen Machtpositionen zu entlarven«. Um die Macht des Diskurses zu brechen, schlägt Bourdieu weiterhin vor, internationale Bündnisse zwischen Forschern und Journalisten zu schaffen und Widerstandskräfte gegen die »Mächte der Unterdrückung« zu mobilisieren, die auf ihnen lasten und durch ihre wesentliche Teilhabe an der Diskursverbreitung auch auf der ganzen Gesellschaft lasten lässt.

In Bezug auf die Medien hält Bourdieu zudem das »Brechen des Monopols der technokratischen Orthodoxie« für sehr wichtig. In diesem Kontext müssten stichhaltige Analysen und innovative Vorschläge zur Lösung der Fragen erarbeitet werden, die die »politisch-mediale Orthodoxie« seiner Auffassung nachzustellen verbietet, z. B. die Frage nach den angeblichen ehernen Gesetzen der Finanzmärkte und nach den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der neuen weltweiten Arbeitsteilung. Dazu gehört auch die Frage, welche Aufgaben in Bildung und Kultur zu leisten sind, um der ungleichen Verteilung von symbolischem Bildungskapital entgegenzuwirken, die so viele der Prekarierten aus einer Gesellschaft ausschließt, in der dieses Kapital zu einer wesentlichen Produktivkraft geworden ist – ein wichtiges Betätigungsfeld auch für Erziehungswissenschaftler. Hierzu müsste vor allem eine organisierte und dauerhafte Zusammenarbeit mit den Medien angestrebt werden.

Ein weiterer Vorschlag, den Bourdieu macht, und an dem jeder einzelne sich beteiligen kann, besteht darin, die Opfer der Prekarität zu ermutigen, gemeinsam »der Zersetzung und dem Verfall ihres Selbstbildes, der Entfremdung zu widerstehen«, indem man ihnen dabei hilft, durchzuhalten und Würde zu bewahren. Darüber hinaus sollen sie aber auch ermutigt werden, »sich auf internationaler Ebene, also auf derselben Ebene, auf der auch die Folgen der Preka-

risierungspolitik wirksam werden, mit dem Ziel zu mobilisieren, diese Politik zu bekämpfen und die Konkurrenz zu neutralisieren, die sie zwischen den Arbeitnehmern erzeugen will« – eine Aufgabe, die aber eher den politisch organisierten Kräften, wie z. B. den Gewerkschaften zukäme. Dieser Maßnahme misst Bourdieu jedoch besondere Bedeutung bei, denn sie lässt die vielen unsichtbaren Arbeitslosen sichtbar werden. Ihr Auftreten in der Öffentlichkeit soll allen noch Beschäftigten vergegenwärtigen, dass sie gemeinsame Interessen mit den Arbeitslosen haben, dass deren Vorhandensein Teil eines politischen Programms ist, mit der sie, die Beschäftigten, zunehmend ebenfalls prekariert werden können.

Als Voraussetzung für die genannten Maßnahmen sieht Bourdieu die Überwindung der berechnenden individualistischen Sichtweise an, »die den handelnden Menschen auf ein kalkulierendes Wesen reduziert, das nur mit der Lösung von Problemen rein ökonomischer Art im engsten Sinn des Wortes befasst ist«. Der »verengten und kurzsichtigen Ökonomie des Neoliberalismus« muss vielmehr eine »Ökonomie des Glücks« entgegengesetzt werden, die auf menschlicher Initiative und menschlichem Willen basiert und die in ihren Berechnungen die Kosten des Leidens und die Gewinne aus Erfüllung und Selbstverwirklichung berücksichtigt, welche dem ausschließlich ökonomisch orientierten Produktivitäts- und Rentabilitätskult fremd sind.

#### Literatur

Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz: UVK, 1998, daraus:

1. Für ein Regressionsverbot. Vorwort zur deutschen Ausgabe, S. 7-9.
2. An den Leser, S. 10-11.
3. Die rechte und die linke Hand des Staates. Interview in Le Monde vom 14. Januar 1992, S. 12-21.
4. Wider die Zerstörung einer Zivilisation. Streikrede, Paris, Dezember 1995, S. 34-38.
5. Der Mythos »Globalisierung« und der europäische Sozialstaat. Vortrag vor dem griechischen Gewerkschaftsbund in Athen, Oktober 1996, S. 39-52.
6. Das Modell Tietmeyer. Vortrag anlässlich des deutsch-französischen Kulturtreffens zum Thema »Gesellschaftliche Integration als kulturelles Problem« an der Universität Freiburg/Breisgau, Oktober 1996, S. 53-59.
7. Der Beruf der Wissenschaft und die soziale Bewegung. Vortrag auf der Gründungsversammlung der »Generalstände der sozialen Bewegung«, Paris, 23. - 24. November 1996, S. 60-67.
8. Für einen neuen Internationalismus. Stellungnahme anlässlich des 3. Forums des Hessischen DGB am 7. Juni 1997 in Frankfurt am Main, S. 68-76.
9. Fernsehen, Journalismus und Politik. Vorwort der englischen und mit kleinen Änderungen als Nachwort der deutschen Ausgabe von Sur la télévision, Paris, Juni 1997, S. 77-85.
10. Nochmal: Über das Fernsehen. Interview nach Erscheinen der brasilianischen Ausgabe von Sur la télévision in O Globo (Rio de Janeiro) vom 4. Oktober 1997, S. 86-93.
11. Prekarität ist überall! Vortrag während der Rencontres européennes contre la précarité, Grenoble, 12. - 13. Dezember 1997, S. 96-102.
12. Die Arbeitslosenbewegung – ein gesellschaftliches Wunder. Rede anlässlich der Besetzung der Ecole normale supérieure durch die Arbeitslosen vom 17. Januar 1998. S. 103-105.
13. Der Neoliberalismus. Eine Utopie grenzenloser Ausbeutung wird Realität. Aufsatz, Paris, Januar 1998, S. 109-118.